

Elmar Altvater*

Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution

»Das Programm des Liberalismus hätte ..., in ein einziges Wort zusammengefaßt, zu lauten: Eigentum, das heißt: Sondereigentum an den Produktionsmitteln ... Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung.« Ludwig von Mises 1927, S. 17

Noch vor einem Jahrzehnt glaubten viele, sie sei am Schluß ihrer Weisheit und Wirksamkeit angelangt und zu Recht der Vergessenheit anheimgefallen: die Theorie des Neo-Liberalismus. In allen Ländern der westlichen Welt hatte die keynesianische Theorie des Staatsinterventionismus obsiegt; die Keynesianer besorgten das Geschäft der wissenschaftlichen Politikberatung und nicht mehr die Neoliberalen. Überall dort, wo sie noch eine Rolle spielten, kompromittierten sie sich mehr als sie mit ihren Veröffentlichungen wieder gutmachen konnten. Es schien so, als ob der Stern des neoliberalen Nobel-Preisträgers Milton Friedman als Berater der Nixon-Regierung mit deren skandalösem Abgang sinken würde. Die Anrüchigkeit der Neoliberalen Friedrich von Hayek – ebenfalls Nobelpreisträger –, Friedman und einer ganzen Schwadron von smarten Chicago boys wurde durch die Unterstützung der Pinochet-Diktatur noch verstärkt.

Und dennoch; offensichtlich ist die liberale Theorie nicht totzukriegen. Gegenwärtig erlebt sie in verschiedenster Form (als Neoliberalismus, Neokonservatismus, Neoklassik, Monetarismus) eine erneute Renaissance. Dies ist weder der Intelligenz noch der Attraktivität, der Phantasie, dem Charme dieser »Konterrevolution« in der Theorie – so Friedman über den Monetarismus höchst selbstbewußt – geschuldet. Das Interesse, das gegenwärtig diese Theorie beansprucht, ist eher aus den Defizienzen der bisher im Zentrum stehenden Theorien und Politikkonzepte zu verstehen. Die ökonomische Krise der 70er Jahre hat die Hoffnungen des keynesianischen Krisenmanagements zerstört; die Gewißheit, daß der Sozialstaat als materielle Grundlage der sozialen Demokratie und in dieser Eigenschaft auch als politische Festung der Sozialdemokratie unangefochten die Gefährdungen der Krise bestehen könnte, ist berechtigtem Zweifel gewichen; die individuellen und kollektiven Hoffnungen und Perspektiven der Jahre der Prosperität haben sich zerstreut und in diesem Zusammenhang ist Mißtrauen gegenüber den Emanzipationsvorstellungen und -theorien der 60er Jahre entstanden. Der Neoliberalismus gewinnt also ohne eigenes Zutun Punkte – und verspielt sie nicht gleich wieder, da er jegliche Ansprüche von Individuen an die Gesellschaft zurückweist und also auch keine, dann nicht einlösbare Versprechungen macht. Erfolg und Scheitern sind Probleme des Individuums und haben nichts mehr mit der Gesellschaft oder dem Staat zu tun. Gesellschaftliche Probleme werden also *individualisiert* und damit zugleich scheinbar *depolitisiert*.

* Elmar Altvater ist Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und langjähriger Mitarbeiter und Redakteur der PROKLA.

Das Scheitern des Keynesianismus

Das Wort vom Scheitern des Keynesianismus bedarf einer Erläuterung. Als wirtschaftspolitisches Konzept kann der Keynesianismus als ein staatlich vermittelter *Klassenkompromiß* interpretiert werden. Der *Konsens* der lohnabhängigen Massen mit dem kapitalistischen System nach dem zweiten Weltkrieg wurde nicht zuletzt dadurch immer wieder reproduziert, daß der Staat die materiellen Bedingungen zu garantieren schien (hoher Beschäftigungsstand und steigende Reallöhne), die den Interessen der Massen entgegenkamen. Die Prosperitätsperiode war also keineswegs nur eine Phase günstiger *Akkumulationsbedingungen* des Kapitals, sondern gleichzeitig Grundlage des Klassenkonsenses und damit zusammenhängend der *Legitimität* des Staates.

Dieses historische Modell unterscheidet sich in mehreren Punkten von liberalen/ neoliberalen Vorstellungen über eine freie Marktwirtschaft: *Erstens* wird grundsätzlich angenommen, daß ein System von auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden privaten Entscheidungen nicht aus seiner eigenen Dynamik heraus einen gewünschten Beschäftigungsstand erreichen kann und daher der staatlichen Intervention bedarf. Diese Keynes'sche Grundannahme impliziert sowohl eine Kritik am *Effizienzbegriff* der liberalen Theorie, die ja traditionell nur dem Markt die Fähigkeit zubilligt, ökonomische Rationalität und Effizienz realisieren zu können, als auch am *Gerechtigkeitsbegriff*. Denn es wird davon ausgegangen, daß eine Gesellschaft ungerecht ist, wenn Menschen, die arbeiten wollen, dazu keine Gelegenheit mangels Arbeitsplätzen finden können. Die liberale Theorie würde immer dagegen einwenden, daß Arbeitswilligkeit bei entsprechend reduzierter Entlohnung auch realisiert werden könne und – grundsätzlicher – jeder Mensch selbst verantwortlich für sein Geschick sei und sich nicht auf staatliche Leistungen verlassen dürfe. *Zweitens* enthält der Keynesianismus eine Kritik an der liberalen Vorstellung von der Qualität des Menschen als eines Nutzen maximierenden und Leid minimierenden selbstverantwortlichen Individuums, insofern als er zum einen die Gemeinsamkeit der ökonomischen und sozialen *Lage von Klassen* in Rechnung stellt und zum zweiten den nach dem ersten Weltkrieg erfolgten »Eintritt der Massen in den Staat« vermittelt durch deren Organisationen (Ch. Maier 1975) als politisches Faktum berücksichtigt. Der Keynesianismus trägt also, anders als die neoliberale Theorie, dem Tatbestand Rechnung, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus soziale Veränderungen stattgefunden haben, die eine Anpassung der theoretischen Grundlagen von Wirtschaftspolitik erforderlich machen. Grundsätzlich stellt der *praktizierte* Keynesianismus den Versuch einer Versöhnung der »Logik des Kapitals« und der »Logik der Arbeiterklasse« dar und begibt sich damit auf ein Feld, das der Liberalismus prinzipiell nicht akzeptieren kann, da es ihm ausschließlich um die »Logik des (klassenunspezifischen) Individuums« geht.

Als aus Gründen, die hier nicht zu analysieren sind, die Bedingungen der beschleunigten Kapitalakkumulation erodierten, konnten die gesellschaftlichen Konflikte nicht mehr in der Kompromißzone gehalten werden; der soziale Mechanismus des Keynesianismus funktionierte nicht mehr reibungslos. Bevor in der Linken dieses Problem so recht wahrgenommen wurde, entwickelte die Bourgeoisie bereits ihre Rezepte, um sich den Regeln des Klassenkompromisses entziehen zu können. Prinzipiell stehen ihr dazu zwei Auswege offen. Der *erste Ausweg* führt zu einer *Stärkung des Staates*, um die politischen Entscheidungen von »exzessiver demokratischer Beteiligung« freizuhalten, also die Interessen der lohnabhängigen Massen nicht im Maße der Prosperitätsjahre berücksichtigen zu müssen. In der

Konsequenz führt diese Option zu einem technologisch-technokratischen, durchrationalisierten autoritären Staatswesen, das sowohl den Einfluß der Massen auf die Entscheidungsträger minimiert als auch die Interessen des »Gesamtkapitals« (und zwar auf weltweiter Ebene) gegen einzelkapitalistische Sonderinteressen durchzusetzen sucht. Es ist dies der Weg, der von der *trilateralen Kommission* weltweit propagiert wurde, um der aus den in der Krise uneinlösbaren Versprechungen der Massendemokratie resultierenden »Ungerechtigkeit« begegnen zu können. Jedoch sieht es so aus, als ob dieser Ausweg inzwischen an Attraktivität verloren hat. (Zum Trilateralismus vgl. die Sammlung von Holly Sklar 1980)

Neoliberalismus als Ideologie einer populistischen Bewegung?

Denn der andere Ausweg aus dem Dilemma, in dem sich Keynesianismus und seine politische Organisationsform, die soziale, liberale Demokratie befinden, erscheint einfacher und angemessener: Der Staat soll keine zusätzliche Kapazität zur Intervention in die Gesellschaft, sondern gegenüber den Trägern des kapitalistischen Akkumulationsprozesses *weniger Kompetenz*, ein auf ein absolut notwendiges Minimum reduziertes Interventionspotential erhalten. Der »durchstaatlichte Kapitalismus« (Karl Renner 1917) soll wieder »entstaatlicht« werden: durch einen Abbau der Sozialstaatsleistungen (Schluß mit dem »Sozialklimbim«); durch Reduzierung der Staatsquote (weniger Steuern, weniger Staatsausgaben); durch Reduzierung der Interventionskapazität (Deregulierung; d.h. Reduzierung der Auflagen, z.B. der Umweltschutzaufgaben, für private Unternehmen); durch eine Verkleinerung des öffentlichen Sektors (Reprivatisierung). Der Markt soll wieder zur Geltung gelangen und in seinem Funktionsmechanismus nicht durch die Rücksichtnahme auf die Kompromißparteien gestört werden. Dieser Weg führt direkt zum Neoliberalismus, der den keynesianischen Träumen von einem sozialen Staat »two cheers for capitalism« (Irving Kristol 1978) entgegenruft.

Es ist leicht, Belege für diese Position zu finden. In der Bundesrepublik hat sie eine lange Tradition, da hier in den 40er Jahren mit Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander von Rüstow, Franz Böhm und anderen eine neoliberale Schule (Ordo-Liberalismus) entstanden ist, die in der akademischen Wirtschaftswissenschaft bis in die 60er Jahre hinein noch dominant war, wo in anderen Ländern längst der Keynesianismus die Forschung und Lehre beherrschte. Erst Mitte der 60er Jahre verlor hierzulande der Neoliberalismus an Boden, nachdem die Regierung Erhard (»Vater der Marktwirtschaft« mit seinem langjährigen Kompagnon Alfred Müller-Armack, »Erfinder« des Konzepts der »sozialen Marktwirtschaft«) zurücktreten mußte und das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verabschiedet worden war (das »beste wirtschaftspolitische Instrumentarium der Welt«, wie es Schiller ebenso wie Ehrenberg bejubelten). Doch lange sollte die keynesianische Hochzeit nicht dauern. Etwa 1973 wird der sogenannte »Paradigmenwechsel« datiert, als der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom keynesianischen Nachfragemanagement abrückte und eine monetaristische Geldmengenpolitik zu favorisieren begann. Wenig später folgte die Deutsche Bundesbank diesem Schwenk. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft legt in aller wünschenswerten Deutlichkeit 1978 sein (neo)liberales Dogma dar: Die Marktwirtschaft sei überlegen effizient; zu Störungen der Funktionsweise des Systems komme es einmal durch eine feindliche Einstellung zur Marktwirtschaft, zum anderen durch Einzelinterventionen ohne ordnungspoliti-

sche Reflexionen. Die Marktwirtschaft habe eine außerordentlich hohe Problemverarbeitungskapazität aufgrund von unbürokratischen Koordinationsmechanismen. Der Staat solle sich im wesentlichen auf ordnungspolitische Maßnahmen und notwendige Korrekturen beschränken, also dafür sorgen, daß der Preiswettbewerb möglichst gut funktionierte, daß das System von Risiko und Anreiz nicht durch staatliche Einzelinterventionen gestört werde. In diesem Zusammenhang müßten Gewinne als Anreize innerhalb der Marktwirtschaft von allen anerkannt werden, insbesondere auch von den Gewerkschaften, die keine lohnpolitischen Strategien mit Umverteilungscharakter durchführen dürften. In das gleiche Horn stoßen die Vorschläge der CDU/CSU-Theoretiker Biedenkopf und Miegel, die nicht nur ins Wahlprogramm 1980 Eingang gefunden haben, sondern inzwischen die theoretischen Fundierung der politischen Äußerungen von CDU/CSU abgeben. Und wenn wir nicht nur die Bundesrepublik betrachten, dann erweist sich die politische Bedeutung dieser Theorie(n) noch klarer: Mit Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA sind politische Führer an die Macht gekommen (oder haben wie Strauß zur Macht gestrebt oder sind wie Barre in Frankreich an der Macht gewesen), die sich explizit auf das neoliberale Dogma beziehen und damit nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern Gesellschaftspolitik betreiben.

Damit aber geht es nicht nur um die Theorie, um ihre Stringenz, Konsistenz und Reichweite. Es geht auch um die Frage, wieso sie Ausdruck einer *populistischen Bewegung* werden kann, wieso es zu einer neoliberal-konservativen Stimmung kommen konnte, die Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre tiefgreifende politische Veränderungen herbeiführte. »Die Stimmung in der westlichen Welt ist neoliberal und konservativ«, schreibt triumphierend US News & World Report, und offensichtlich ist dieser Triumph weder Einbildung noch Selbstbetrug. Hier kommt tatsächlich noch ein weiteres Dilemma des Keynesianismus und der mit ihm nahtlos verbundenen Sozialdemokratie (in ihren verschiedenen Ausprägungen) zum Ausdruck. Um nämlich die Umverteilungsprozesse zugunsten der Sozialleistungen steuern zu können, mußte der Staatsapparat bedeutsam ausgeweitet werden. Es entsteht die neue Schicht der Sozialbürokratie, die das System der Umverteilung zu ihrer eigenen Reproduktion benutzt und verwaltet, ohne allerdings Einfluß auf die Quellen der Fonds zu haben, die umverteilt werden sollen. Die staatliche Bürokratie kontrolliert Mittel in einem immensen Umfang, aber sie kontrolliert weder die Produktionsbedingungen, die Produktivität, noch die Technologien oder die Organisation des Arbeitsprozesses; also bleiben die Voraussetzungen des Wachstums, von dem ihre Aktivitäten und damit ihre Existenz abhängen, ebenso außerhalb ihres Einflußbereiches wie die Ursachen für all die Schäden, deren *Symptome* sie mit ihren Mitteln heilen soll (Rehabilitierung von Schäden an Gesundheit und Leben durch den Charakter des Arbeitsprozesses beispielsweise). Gleichgültig wie ausgeprägt und umfangreich die staatliche und parastaatliche Sozialbürokratie auch ist, ihre Machtbefugnis bleibt auf die *Korrektur von Symptomen* beschränkt, die im von ihr nicht kontrollierbaren Produktionsprozeß ihre Ursache haben. Wenn nun infolge der allgemeinen Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Bedingungen des Wachstums unterhöhlt werden, dann verringert sich notwendigerweise die Leistungsfähigkeit des Sozialsystems, während jedoch die Sozialbürokratie erhalten bleibt und möglicherweise sogar noch wächst. In einer solchen Situation reagiert der Sozialstaat nur hilflos: die Einsparungen bei bestimmten Leistungen erscheinen als die Rücknahme von Versprechungen, als Ineffizienz des Sozialstaats, der jedoch mit all seinen sichtbaren und erfahrbaren Bürokratien bestehen bleibt. Ja, mehr noch. In der Phase von Wachstum und Vollbeschäftigung bleibt

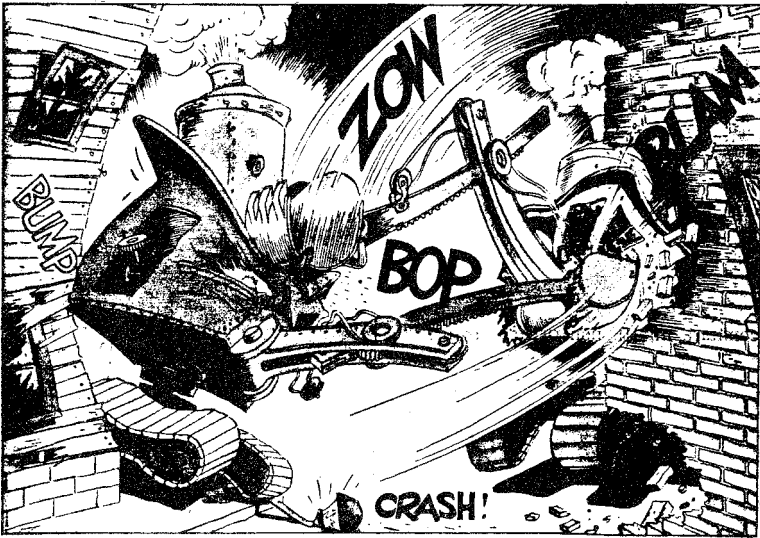
der Sozialstaat mit seinen Institutionen im Hintergrund; solange man beschäftigt ist, braucht man nicht auf den langen Gängen des Arbeitsamtes zu warten. Aber in der Krise erfährt man zugleich die Arroganz der verwaltenden Bürokratie *und* ihre Ineffizienz.

Dafür kann der Sozialstaat nichts; denn sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Inflation – deren Raten nicht zufällig zum »discomfort Index« addiert werden – sind keineswegs durch den keynesianischen Staat erzeugt worden. Die Ursachen der Erscheinungsformen der Krise als »discomfort« für die Menschen liegen tiefer in der Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, die vom Interventionsstaat zwar reguliert aber nicht aufgehoben werden kann. Allerdings haben über Jahrzehnte die Keynesianer selbst – und nicht nur die »rechten« sondern auch »linke« Keynesianer – die Meinung propagiert, der moderne Interventionsstaat könne eine erfolgreiche *Krisenvermeidungsstrategie* durchführen. Die deutsche Sozialdemokratie hat bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre das wirtschaftspolitische Instrumentarium der BRD als »das modernste« der Welt deklariert, mit dem jede Krise gemanagt werden könne. Für viele kritische Theoretiker ist durch den Staatsinterventionismus der Krisenbegriff überhaupt fragwürdig geworden, sofern er sich an »Bewegungsgesetzen« des Kapitals festmache. Der vom Neoliberalismus demagogisch ausgenutzten Krise des Wohlfahrtsstaates, des Keynesianismus, des sozialdemokratischen Reformismus sind die Keynesianer nun konfrontiert, ohne offensiv wirkende Argumente gegen die Denunzierung des Sozialstaats als einer riesigen, kostspieligen und obendrein ineffizienten Maschine, die für Inflation, hohe Steuerbelastung und wachsende Staatsverschuldung verantwortlich sei, ins Feld führen zu können. Sie sind sprachlos, wenn der Sozialstaat nicht mehr nur als eine Garantieinstitution zur Sicherung von Wohlstand, sondern als eine Belastung der Realeinkommen erfahren wird.

Hier ist der Punkt, an dem die neoliberale Forderung nach weniger Staat, nach Verringerung der Sozialbürokratie, nach Privatisierung im Sinne von Individualisierung, nach weniger Steuern und restriktiver Geldpolitik das akademische Gehäuse als Theorie der Wirtschaftspolitik verlassen und zur Ideologie einer populistischen Bewegung werden kann. Irving Kristol hat dies klar erkannt: Amerikanischer Populismus ist nach seiner Meinung der Radikalismus der Kleinbürger, die wegen der hohen Inflationsraten und Steuern, wegen der Staatsverschuldung und der ineffizienten Verwaltung empört sind. »Das Problem ist die Bürokratisierung der amerikanischen Gesellschaft und die Tatsache, daß die Bürokratie keinen Erfolg darin gehabt hat, das zu verhindern, was keine Bürokratie als Mißerfolg verbuchen darf: nämlich die wirkungsvolle Erfüllung ihrer Versprechen« (Kristol 1978, S. 216). Der Neoliberalismus schwingt sich nun zum Anwalt der radikalisierten Kleinbürger auf: gegen Verschwendung und Ineffizienz, gegen die Gleichmacherei und für mehr Freiheit vom Staat, für das Individuum und für den Markt. Sein Versprechen lautet: Wenn Du Dich im Sinne des Systems rational verhältst, und wenn der Markt freie Entscheidungen abstimmen kann, dann wird als Ergebnis die »unsichtbare Hand« des Marktes für Dich und für die Gesamtheit aller Individuen ein *Optimum an Wohlstand* schaffen ... Und Du wirst gegen die nivellierende Gleichmacherei des Wohlfahrtsstaates Deine Einzigartigkeit als Individuum realisieren können ... Und die ökonomischen Freiheiten des Marktmechanismus sind die besten Voraussetzungen für Deine politischen Freiheiten gegen die totalitären Tendenzen der Staatseingriffe ...

Es wurde gesagt, der Neoliberalismus mache keine Versprechen, die sich als nicht einlösbar herausstellen; er entwickle keine politische Programmatik, die sich in der Krise als undurchführbar erweise; er reduziere seine Botschaft auf das Versprechen, die vom Sozial-

oder Wohlfahrtsstaat gesetzten Fesseln der bürgerlichen Eigeninitiative zu lösen. Es ist allerdings zu betonen, daß diese liberale Selbstbescheidung nicht nur für den populistischen Erfolg des liberalen Programms verantwortlich ist, sondern daß darin auch alle Momente des *Scheiterns* angelegt sind. Denn natürlich haben die Individuen die Erwartung, daß die »Befreiung« von der Belastung, die der Staat darstellt, ihnen auch materiell zugute kommt. Doch gerade dies kann nicht der Fall sein, da dies mit den Grundannahmen des Liberalismus konfliktieren würde: Die Sicherung der Individualität und ihrer Rechte, dabei natürlich insbesondere des Eigentumsrechts auf Verwertung, impliziert den Konflikt. Denn Eigentum kann nur *gegen* die Nicht-Eigentümer gesichert werden; es ist ein *Ausschlußrecht*,



Eigentumsrecht ist Ausschlußrecht: Nach der Räumung der Abbruch des Spekulationsobjekts.

das der Staat des Liberalismus zu garantieren hat. Dies läßt sich moralisch zwar begründen (vgl. die kritischen Überlegungen von Cohen 1981), aber es ist überhaupt nicht einzusehen, warum dieses Recht und seine moralische Fundierung von allen denjenigen, denen es materiell nichts bringt, im aktuellen Fall – also nicht nur grundsätzlich, als ein Naturrecht - akzeptiert werden soll. Der Neoliberalismus ist von seiner Grundstruktur her *kein* theoretisch-praktischer Diskurs, der auf eine ideologische *Synthese* in der Gesellschaft zielt – und darin unterscheidet er sich auch vom Keynesianismus. Er produziert Konflikte, Rebellionen, wie in Großbritannien unter Thatcher beobachtet werden kann. Aber indem er zugleich den »organisierten Kapitalismus« »desorganisiert«, setzt er auch einen Prozeß der *Des-Organisation* und *Des-Integration* der subalternen Schichten und Klassen als organisierter Macht in Gang und hat es dann bei Konflikten und möglichen Rebellionen zunächst nur mit schlecht organisierten, individualisierten Bewegungen zu tun, die dann politisch isoliert werden können. Auf Dauer wird dies ganz sicher nicht so bleiben. Doch ist es zu bedenken, daß die Organisation von Interessen gegen die neoliberale Desorganisation an-

ders erfolgen muß als unter den Verhältnissen des »organisierten Kapitalismus« mit einem keynesianisch operierenden Interventionsstaat, der nach den Regeln der liberalen Demokratie gestaltet ist. Dazu nur ein Stichwort: Der keynesianische Klassenkompromiß eröffnet weite Möglichkeiten für Formen *korporativer Politikstrukturen*, die in den vergangenen Jahren vielfältiger Gegenstand politikwissenschaftlicher Analysen geworden sind. Der ernstgemeinte Neoliberalismus hingegen bedeutet die radikale Auflösung des Korporatismus, des gesellschaftlichen oder staatlichen gleicherweise. Die Austauschbeziehungen zwischen den Klassen werden nicht mehr als mehr oder weniger staatlich vermittelte organisiert, sondern der Brutalität des Marktes, auf dem nur noch das Recht des Stärkeren zählt, überantwortet. Es ist nicht schwer vorstellbar, daß dieser Wechsel für die *Organisierung* von Interessen sowie die *Formen von Konflikten* außerordentlich konsequenzenreich ist.

Freier Markt und starker Staat

Doch verbleiben wir noch einen Augenblick beim neoliberalen Projekt, das ja nicht nur Freiheit verspricht und damit Konflikte generiert, sondern das zugleich auch gegen die vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat besorgte Gleichmacherei zu Felde zieht. An diesem Punkt kann sich der Neoliberalismus mit dem konservativen Denken treffen, für das Egalitarismus schon immer das größte aller Greuel gewesen ist. »Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig ...« (Hayek in der Wirtschaftswoche vom 6.3.1981) Denn durch Gleichmacherei, d.h. durch Umverteilung, werde der »marktwirtschaftliche Signalapparat« gestört und damit eine Auslese der Besten verhindert. Und dies gilt allüberall, auch im Verhältnis der reichen und armen Länder beispielsweise: Denn »sehen Sie, in den nächsten 20 Jahren soll sich die Weltbevölkerung erneut verdoppeln. Für eine Welt, die auf egalitäre Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung aber unlösbar. Wenn wir garantieren, daß jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können ...« (ebenda) Gleichmacherei verletzt die natürlichen, biologischen Unterschiede der Menschen und Völker, es wird das Prinzip der Auslese der Besten gestört. Individualität als Voraussetzung und Nährboden von Eliten kann sich nicht entfalten. Und ohne Eliten gibt es keinen gesell-



"TRIAL AND ERROR IST DAS PRINZIP DER FORTENTWICKLUNG DES MENSCHEN: VOM PRIMATEN ÜBER DEN NEANDERTHALER UND SOKRATES BIS ZU FRIEDRICH AUGUST NOBELPREISTRÄGER VON HAYEK."

schaftlichen Fortschritt; denn *Auslese* ist das Prinzip der Fortentwicklung des Menschen. Die menschliche Evolution erscheint als ein Prozeß von »trial and error«, für dessen optimale Funktion Voraussetzungen geschaffen werden müssen. In der Ökonomie ist der Ort für das Auspielen von Versuch und Irrtum der Markt; er ist das »Entdeckungsverfahren« (Hayek im »Industriemagazin«, Sept. 1980) für Optimallösungen, für die Auslese von Eliten. Nichts ist für die menschliche Entwicklung abträglicher als vorausgesetzte Gleichheit der Menschen und diesem Prinzip verpflichtete staatliche Eingriffe in das »Entdeckungsverfahren«. Gleichheit führt zur Uniformität und von dort aus direkt zum *Totalitarismus* (Alain de Benoist, nach Le Monde diplomatique, Mai 1981). In der Warnung vor dem »Weg in die Knechtschaft«, auf dessen Gefahren Hayek 1944 hinwies, treffen sich die Konservativen und Liberalen, die neue Rechte und die Monetaristen, um einen Entwurf für eine neue Ordnung der Gewährleistung von Freiheit, Leistung und Auslese zu errichten. »*Ordo*« heißt also das Schlüsselwort der Neo-Liberalen nicht zufällig; oder, weniger althilologisch-vornehm und subtil, in der hemdsärmelig-direkten Sprache von Milton Friedman: »Die grundlegende Voraussetzung (für die Freiheit des Tausches - E.A.) ist die Aufrechterhaltung von *law and order*«. (Friedman 1962, S. 14)

Die Liberalen sind also durchaus kein Feind eines *starken Staates*, wie Herbert Marcuse 1934 bewiesen hat. In dieser Auffassung können sie sich durchaus von Zitaten der liberalen Klassiker von Locke über Adam Smith bis J.St. Mill bestärken lassen. Allerdings ist hierbei zu betonen, daß der klassische Liberalismus in dieser Frage keineswegs widerspruchsfrei sein kann. Denn einerseits reklamiert er *vorstaatliche* individuelle Freiheitsrechte als *Naturrechte*, die auch *gegen den Staat* zu verteidigen sind, andererseits hat die Staatsgewalt die Aufgabe, die individuellen Freiheitsrechte zu schützen. Hier handelt es sich um einen »logischen Antagonismus«, der - wie Franz Neumann hervorhebt - durchaus zu einem »realen Antagonismus« werden kann, und der das Schwanken des Liberalismus zwischen der Vorstellung einer libertären, staatsfreien Gesellschaft und eines autoritären Staatswesens, zwischen Anarchie und dem Absolutismus der k.u.k. Monarchie, erklären kann. In der liberalen Figur des »*Rechtsstaates*« ist der Versuch gemacht worden, diesem Antagonismus die Schärfe dadurch zu nehmen, daß *staatsfreie Sphäre* des Individuums und *staatliche Sphäre* kalkulierbar und verlässlich voneinander getrennt werden. Bourgeois und Citoyen erhalten ihre zugewiesenen Bereiche.

In der neoliberalen Theorie allerdings ist von diesem Grundkonflikt des Liberalismus kaum noch etwas zu spüren. Zwischen der Freiheit des Individuums und der Freiheit der Verwertung von Eigentum als Kapitalakkumulation entscheidet sich der Neoliberalismus eindeutig für die Garantie der letzteren durch einen starken Staat. Dies hat natürlich auch damit zu tun, daß die staatliche ordnungspolitische Funktion in einer entwickelten »industriellen Gesellschaft« außerordentlich komplex ist, gerade im Vergleich zum frühen Liberalismus der frühen bürgerlichen Gesellschaft. Insofern ist der Wandel der liberalen Theorie vom klassischen zum »neuen« Liberalismus auch (sicherlich nicht nur) ein Spiegelbild der Entwicklung vom Frühkapitalismus zur hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Um also das Leistungsprinzip zu gewährleisten, Einschränkungen der Marktkonkurrenz zu verhindern, gleichmacherische Tendenzen zu begrenzen - so die neoliberale Theorie -, »bedarf es allerdings eines starken Staates, der unparteiisch und machtvoll über dem wirtschaftlichen Interessenkampf steht, ganz im Gegensatz zu der verbreiteten Auffassung, daß dem 'Kapitalismus' eine schwache Staatsgewalt entsprechen müsse. Der Staat muß aber nicht nur stark sein, sondern auch unbeirrt durch Ideologien aller Art seine Aufgabe

klar erkennen: den 'Kapitalismus' gegen die 'Kapitalisten' zu verteidigen, so oft sie versuchen, sich einen bequemeren Weg als den durch das Leistungsprinzip vorgezeichneten zur Rentabilität zu bahnen und ihre Verluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen.« (Wilhelm Röpke 1946, S. 280). Der starke Staat soll den Rahmen sichern, eine *Ordnungspolitik* betreiben, die die Grundlage dieser Ordnung, nämlich das Eigentum erhält und dessen Verwertung ermöglicht – wie Ludwig von Mises sehr klar formuliert. Der Staat soll sich aber aus den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen (Austauschbeziehungen zwischen den Individuen) heraushalten und hier den Markt als Auslese- und Entdeckungsmechanismus voll zur Geltung kommen lassen. Dieser prinzipiellen Unterscheidung von *Ordnungspolitik* (erlaubt) und *Prozesspolitik* (nicht erlaubt) des Staates folgt die feinsinnig-zynische Unterscheidung im neoliberalen Sinne: Das erste ist durchaus akzeptabel im neoliberalen Sinne, da zur Erhaltung der Ordnung Autorität von seiten des Staates unabdingbar ist. (Daher widerspricht der Entwurf der »formierten Gesellschaft« durch Ludwig Erhard Anfang der 60er Jahre keineswegs seinem neoliberalen Weltbild.) Das letztere jedoch ist dadurch gekennzeichnet, daß der Staat nicht nur die Ordnung sichert, sondern in alle Bereiche der gesellschaftlichen Totalität eingreift, also auch in die Marktprozesse. Das ist notwendig mit Beschränkungen der Verfügung über Eigentum verbunden und infolgedessen für den Neoliberalismus nicht zu akzeptieren. In diesem Sinne ist das Chile Pinochets ein autoritäres und mithin akzeptables Regime, während Cuba als totalitäres Regime bekämpft und möglichst eliminiert werden müsse.

Der Rahmen der auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Marktwirtschaft (freie Verkehrswirtschaft sagt die Freiburger Schule der »alten« Neoliberalen der 40er Jahre) wird vom starken Staat durch Gesetze und die Zwangsmittel, mit denen ihre Einhaltung erzwungen wird, und eine dem Wachstum des Produktionspotentials entsprechende Geldversorgung hergestellt. (Anzumerken ist hier allerdings, daß eine Reihe neoliberaler Theoretiker, allen voran F.A. von Hayek, die zweite Bedingung nicht mehr akzeptiert; nach ihrer Auffassung sollte das Geld von Privaten und nicht vom Staat geschaffen werden.) Also »beseitigt die Existenz eines freien Marktes natürlich nicht die Notwendigkeit einer Regierung. Im Gegenteil, der Staat ist wesentlich sowohl als Forum, um die *Spielregeln* festzulegen, als auch als der *Schiedsrichter*, der die Spielregeln interpretiert und ihre Einhaltung erzwingt.« (Friedman 1962, S. 15) Diese simple Idee ist konstitutiv für das liberale Denken. Und es wäre auch nichts gegen sie einzuwenden, würde es bei dem Spiel nicht um Ausbeutung von Menschen durch Menschen, um die Aneignung aus Eigentumstiteln, um Verwertung von Kapital gehen. So betrachtet, entpuppt sich die liberale Theorie als eine ziemlich finstere Erfindung.

Erstens wird es im marktwirtschaftlichen Spiel Gewinner und Verlierer geben. Dieses Problem wäre keines, würden sich Gewinne und Verluste gleichmäßig verteilen. Jedoch ist der Markt der »Nullsummen-Gesellschaft« eine außerordentlich konservative Instanz. Denn auf ihm zählen nicht Köpfe, sondern die Dicke der Brieftaschen. »Die individuellen Präferenzen bestimmen die Marktnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Aber diese individuellen Präferenzen sind mit den Einkommen gewichtet, bevor sie auf dem Markt miteinander in Beziehung treten.« (Thurow 1980, S. 194) Wer also hat, dem wird durch den Marktmechanismus mehr gegeben. Wer nicht hat, wird auch selten das Glück haben, mehr zu bekommen. Eine einmal gegebene Verteilung (die Ungleichheit der Voraussetzungen, die die Konservativen naturalisieren) wird durch den Marktmechanismus ohne korrigierende Einwirkung verfestigt.

Zweitens ist aber ein noch triftigerer Einwand anzumelden. Friedman geht davon aus, daß die »politische Freiheit als Abwesenheit von Zwang eines Menschen gegenüber seinem Mitbürger« (Friedman 1962, S. 15) definiert werden könne. Dieser Definition liegt die formale Freiheit und Gleichheit des bürgerlichen Individuums als *Staatsbürger* zugrunde. Bereits als Marktteilnehmer sind allerdings die Individuen, wie wir gesehen haben, chancenlos ungleich. Erst recht tritt dies Problem zutage, wenn wir die gesellschaftlichen Formen des Produktionsprozesses betrachten, die ein Ausbeutungsverhältnis konstituieren und infolgedessen den Individuen Klassenpositionen zuweisen. Dies übersehen zu haben, kritisierte Marx bereits an der Freiheits- und Gleichheitsemphase der französischen Revolution, in einer Periode, in der das Proletariat noch gar nicht zur Massenerscheinung geworden war. Um so mehr muß dies heute zum Problem werden, wo die Mehrheit der Bevölkerung zur Klasse der abhängig Beschäftigten gehört (vgl. Vitoux in *le Monde Diplomatique*, Mai 1981), also als »Verkörperungen des Produktionsfaktors Arbeit« den herrschaftlichen Dispositionen des Unternehmers unterworfen sind. Was folgt daraus? Es ist Röpke, der eine Idee hat, wie diese Frage zu beantworten sei: »Eines der stärksten Zeichen der *Unnatur des gegenwärtigen Zustandes* ist die *Existenz des Proletariats*. Es ist gut, sich darüber klar zu sein, daß es uns früher oder später vor die unerbittliche Wahl stellen wird, es im Rahmen unseres Wirtschaftssystems zu überwinden oder die kommunistische Lösung hinzunehmen, die das Proletariat als Klasse dadurch beseitigt, daß sie alle zu Proletariern macht.« (Röpke 1946, S. 289 ff.) Hier taucht die Ahnung auf, daß es mit der Freiheit in der Klassengesellschaft nicht so gut bestellt sein kann, und daß auch der Markt die Widersprüche zwischen den Klassenpositionen nicht ausräumen kann. Wie fürchterlich aber für das neoliberale Denken die Vorstellung, daß die Lösung des Widerspruchs im proletarischen Sinne erfolgen könnte: Gleichmacherei, Totalitarismus, Rußland, Gulag ...

Die »Unnatur des Proletariats« paßt so gar nicht in das neoliberale Bild der Ordnung von Freiheit, Effizienz und Wohstand. Doch da gibt es theoretische Betrachtungsweisen, die diese Unnatur in den toten Winkel der theoretischen und politischen Perspektive rücken. Das Proletariat wird nun in doppelter Hinsicht »aufgelöst«: Vom Produktionsprozeß her betrachtet verliert es jegliche Subjektivität als »*Produktionsfaktor Arbeit*«. Vom Markt her betrachtet wird es in eine Masse von »*souveränen Konsumenten*« verwandelt, die mit ihrer (Geld)nachfrage die Richtung der vom Unternehmer autonom zu bestimmenden Produktion vorzeichnen. Der Markt ist in diesem Sinne die ideale Verwirklichung von Wirtschaftsdemokratie (Demokratie der Dollar- oder DM-Stimmzettel), so daß Mitbestimmung erst gar nicht eingeführt zu werden braucht, ganz abgesehen davon, daß sie die Suche nach den richtigen Entscheidungen des Unternehmers stört und das Anreizsystem von Risiko und Chance unwirksam mache (so jedenfalls Franz Böhm in seiner Streitschrift gegen die Mitbestimmung 1951; ähnlich, aber vulgärer, auch der Nobelpreisträger Paul A. Samuelson in seinem Lehrbuch).

Der Imperialismus der ökonomischen Theorie

Nachdem die »Unnatur« der natürlichen Ordnung eskamotiert worden ist, kann die nächste Konsequenz gezogen werden: Jede Verfälschung oder Einschränkung der marktwirtschaftlichen Grundprinzipien (der freien Verkehrswirtschaft) führe unweigerlich einen Schritt in die Richtung der Zentralverwaltungswirtschaft, der Befehlswirtschaft. Infolge der

»Interdependenz der Ordnungen« wird durch die Einschränkung ökonomischer Freiheiten auch die politische Freiheit aufgehoben – sagt Eucken. Unter diesem Aspekt betrachtet, kann der Neoliberalismus auch als die ökonomische Variante der *Totalitarismustheorie* bezeichnet werden. Jedoch haben wir bei der Vorstellung der »neuen« Neoliberalen gesehen, daß die Interdependenz der Ordnungen asymmetrisch ist: Eine Einschränkung ökonomischer (Markt)freiheiten hat politische Unfreiheit zur Folge; jedoch muß keineswegs eine Einschränkung der politischen Freiheiten durch einen autoritären Staat die Beschneidung von ökonomischen Freiheiten zur Folge haben! Die alten Neoliberalen oder Ordo-Liberalen wären vielleicht betrübt über diese Asymmetrie gewesen und hätten sich hilflos über die »Unnatur« der Existenz des Proletariats beklagt. Die »neuen« Neoliberalen haben eine Lösung für das Problem parat, die auch den eigentlichen Fortschritt gegenüber der Tradition des Liberalismus ausmacht: Sie lassen die verschiedenen Ordnungen (die ökonomische und politische Sphäre) nicht mehr gelten, eliminieren auf diese Weise mögliche Widersprüche und nehmen dem Begriff der »Interdependenz der Ordnungen« seinen Sinn. Statt dessen entwickeln sie eine *Methodologie* rationalen Handelns, das in jeder Hinsicht und in allen Lebensäußerungen und Entscheidungssituationen ökonomischen Prinzipien folgt. In der politischen Sphäre wird nach den gleichen Prinzipien entschieden wie in der Ökonomie, im Denken von militärischer Strategie und Taktik erkennen wir das gleiche Muster wie in der Liebesbeziehung zwischen zwei Menschen. Henri Lepage hat in seinem Überblick über den US-amerikanischen Neoliberalismus der 60er und 70er Jahre den Nagel sicherlich auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, daß die Grundlage der Philosophie des politischen Liberalismus die ökonomische Theorie sei, als »wissenschaftlicher Unterbau der kapitalistischen Gesellschaft.« (Lepage 1979, S. 11)

Als eine Methodologie »wird die Ökonomie nicht durch den marktmäßigen oder materiellen Charakter des zu behandelnden Problems definiert, sondern sie umfaßt jede Fragestellung, bei der es um die Ressourcenverteilung oder die Wahl in einer Knappheitssituation geht, d.h. in der eine Entscheidung zwischen zwei konkurrierenden Zielen getroffen werden muß.« (Gary S. Becker, zit. nach Lepage 1979, D. 19) Die Ökonomie fühlt sich als Theorie nun zuständig für die Lehre von den politischen Institutionen, die Theorie der Familie, die Kriminalitätsforschung, die natürliche Auslese von Tierarten usw., also für die Erklärung der Welt und was sie im Innersten zusammenhält. Und nicht nur das: Der Neoliberalismus läßt sich nicht auf *Deskription* festlegen, er offeriert sich als *Theorie normativer Präskription*, als eine dem Rationalprinzip verpflichtete *Entscheidungslehre*. Als Joseph Schumpeter in seiner Schrift »Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie« (1942) als einer der ersten den (kapitalistischen) demokratischen Prozeß in ökonomischen Kategorien (Stimmenmaximierung) untersuchte, und in den 50er Jahren Anthony Downs oder Dahl und Lindblom diese Idee zu umfassenden Modellen verfeinerten, als die Morgenstern'sche Spieltheorie von Arrow zu einer allgemeinen Entscheidungstheorie formalisiert worden war, konnte nicht angenommen werden, daß damit Grundsteine einer Methodologie geschaffen wurden, die von den Neoliberalen der 70er Jahre als Sesam-öffne-Dich für alle Weltfragen benutzt wird. Gordon Tullock, einer der wenigen Neoliberalen, der auch an den Konzepten der trilateralen Kommission mitgearbeitet hat, verwendet zur Benennung dieses *totalen* Erklärungsanspruchs der Ökonomie (als Methodologie, nicht etwa als politische Ökonomie) das Wort vom »*Imperialismus der Ökonomie*«, das Lepage begeistert und mithin affirmativ zitiert.

Indem alle menschlichen Lebensbereiche und -äußerungen der ökonomischen Methodolo-

gie zugänglich gemacht werden sollen, wird auch die Struktur der Beziehungen, des Denkens und Handelns der Menschen definiert: es wird dem ökonomischen Rationalkalkül subsumiert. Wird dieses nun noch als eine normative Regel interpretiert, wie es in der brutalen Gedankenlosigkeit der Chicago boys passiert, dann kann sogar noch die imperialistische Vergewaltigung (zunächst »nur« im methodologischen Sinne) noch als Begründung dafür erhalten, daß »der Kapitalismus nicht mehr und nicht weniger als ein Bollwerk der Freiheit« (Lepage 1979, S. 237) sei. Die »Revolution« im ökonomischen Denken, von der Lepage in seinem Buch suggestiv spricht, wenn Milton Friedman den gleichen Gegenstand schnoddrig und selbstbewußt als eine »Konterrevolution« bezeichnet, besteht im Grund darin, daß die ökonomische Theorie als eine Methodologie formalisiert und ästhetisiert auf alle Äußerungen menschlichen, gesellschaftlichen Lebens angewendet wird – um es seiner Sonderheiten, Inhalte und Interessen zu berauben. An die Stelle der *Interdependenz* von Ordnungen tritt in dieser Revolution/Konterrevolution die *einseitige Dependenz*, die Usurpation gesellschaftlicher Beziehungen durch das Kalkül von Ökonomen, die – um Oscar Wilde zu zitieren – den Preis von allem und den Wert von nichts kennen. Der »ökonomische Imperialismus«, den Tullock und natürlich der Nachbeter Lepage propagieren, ist nichts anderes als der versuchte Export einer Borniertheit, die in Krisenzeiten aus Gründen, die wir bereits angedeutet haben, die Tendenz hat, epidemisch zu wirken.

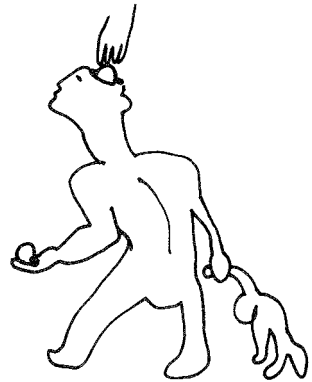
Der Mensch als Humankapital

Wir sind nun an einem Punkt angelangt, an dem wir entweder den Schleier des Vergessens vor den Neoliberalismus ziehen können, oder uns den Einzelheiten seines Diskurses zuwenden müssen. Das erste wäre uns sympathisch, das letztere müssen wir tun, um den ökonomischen Imperialismus zu »entkolonialisieren«, d.h. aufzuzeigen, daß die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter das ökonomische Kalkül einem brutalen Vergewaltigungsversuch gleichkommt. Nehmen wir ein Beispiel, nämlich die Theorie des *Humankapitals*, mit der Privatisierung und Individualisierung im Bildungssystem begründet werden. Nach Lepage ist diese Theorie »grundlegend« erarbeitet durch den »vermutlich begabtesten Ökonomen seiner Generation«, nämlich Gary S. Becker (Lepage 1979, S. 18). Dagegen ist zunächst einzuwenden, daß die Vorstellung einer Kapitalisierung des Menschen so alt wie die politische Ökonomie selbst ist. Schon William Petty stellte Überlegungen in dieser Richtung an, und die formalen Kategorien und Methoden zur Berechnung des »Humankapitals« sind von der Versicherungslehre einerseits entwickelt worden (die ein Interesse daran hatte, Versicherungsbeiträge und -summen auf das »rationale« Kriterium des in Geld quantifizierbaren »Werts« des Menschen zu gründen) und andererseits von den Militärstrategen, die mit Hilfe des Grenzkostenkalküls ihre Wahlhandlung zwischen Einsatz von Kanonenfutter und den Kanonen selbst rationalisieren wollten. Herr Heinrich von Thünen, bekannt wegen seiner Standorttheorie in der Volkswirtschaftslehre, hat den Militärs einige Argumente geliefert. Also ganz neu ist die Humankapital-Theorie nicht (vgl. Kiker 1966). Neu sind lediglich die Schlußfolgerungen (und methodischen Verfeinerungen), die die neoliberalen Ökonomen ziehen. Bildungsaufwendungen werden als Investitionen in den Menschen verstanden. Damit wird Humankapital akkumuliert, das in Form von Lebens-einkommen Zinsen abwirft. Je mehr Bildung ein Mensch akkumuliert, je größer also sein Humankapital, desto höher auch – so lautet die These – sein Lebenseinkommen. Mit dieser

simplen Idee wird nun die Privatisierung, die Entstaatlichung des Bildungssystems als eine politische Forderung abgeleitet. Jeder soll einen Ausbildungsgutschein erhalten, mit dem die Bildung nach Wahl bezahlt werden kann. Gewählt werden natürlich die in der Konkurrenz des Bildungsangebots besten Anstalten. Je mehr einer Bildung in Anspruch nimmt, desto höher verschuldet er sich, desto größer der zurückzuzahlende Ausbildungskredit. Aber er besitzt ja auch ein entsprechend größeres Humankapital, aus dem ein entsprechend hohes Lebenseinkommen fließt. Die Frage ist nur, ob die Arbeitsmärkte Positionen nach dem akkumulierten Humankapital verteilen, und ob nicht andere Kriterien viel wichtiger sind. Die Neoliberalen haben aber gegen diesen Einwand das Argument parat, daß man nur die Arbeitsmärkte von monopolistischer Macht (sprich: Gewerkschaften) befreien müßte, damit sich eine der Verteilung von Humankapital entsprechende Lohndifferenzierung durchsetzen würde, die überdies noch Vollbeschäftigung beinhalte. Denn die Faktoreinkommen würden sich nach den Grenzproduktivitäten ihrer Verwendung bei freifunktionierenden Märkten richten können.

En passant soll mit dieser Konzeption des Bildungssystems aber noch ein weiteres Problem gelöst werden. Da sich die einzelnen Bildungseinrichtungen nicht mehr länger über den Staatshaushalt, sondern aus den Studiengebühren der Auszubildenden finanzieren, diese aber infolge der spezifischen Finanzierungsmodalitäten eine besonders gut verwertbare Berufsqualifikation anstreben müssen, wird die Bildung an den aus der jeweiligen ökonomischen Entwicklung resultierenden Qualifikationsbedarf angekoppelt. Die Ausbildungsinhalte werden dem Verwertungsinteresse untergeordnet. Die Unternehmen als Arbeitskräfte nachfrager strukturieren mit ihren *kurzfristigen* Bedarfsanforderungen den *langfristigen* Ausbildungsgang. Nun weiß man vom »Hanauer Schweinezyklus«, der auf englisch das »Cobweb-Problem« genannt wird, daß es auf Märkten, deren Nachfrage kurzfristig schwankt und das Angebot aber längere Fristen zur Anpassung an Nachfrageverschiebungen braucht, zu ständigen Ungleichgewichten kommen muß, die sich nur im Grenzfall über einen längeren Zeitraum zu einem Gleichgewicht austarieren können, die aber auch je nach den Elastizitäten von Nachfrage und Angebot das krasse Gegenteil, nämlich eine dauernde Verschärfung der Ungleichgewichtssituation hervorrufen können. Dies bedeutet also, daß die Marktsignale hier ständig auf »rot« stehen und ihre Lenkungs- und Auslesefunktion lediglich pathologisierend ausüben können.

Nun hat Marx schon kritisiert, daß es genauso aberwitzig ist, von einem Humankapital zu sprechen wie davon, daß das Kapital des Sehens das Auge sei. Und tatsächlich ist das »Humankapital« nichts anderes als ein speziell qualifiziertes Arbeitsvermögen, das sich auf dem Arbeitsmarkt gegen Kapital austauscht. Und nur wenn es einen Käufer findet, kann das Arbeitsvermögen fungieren und als »Humankapital Zinsen werfen«. Ob es einen Käufer findet, hängt aber nicht von den getroffenen Entscheidungen zwischen Bildung und Arbeit, sondern vom Kalkül des Verwenders des »Humankapitals«, des Unternehmens, ab. Die Neoliberalen entziehen

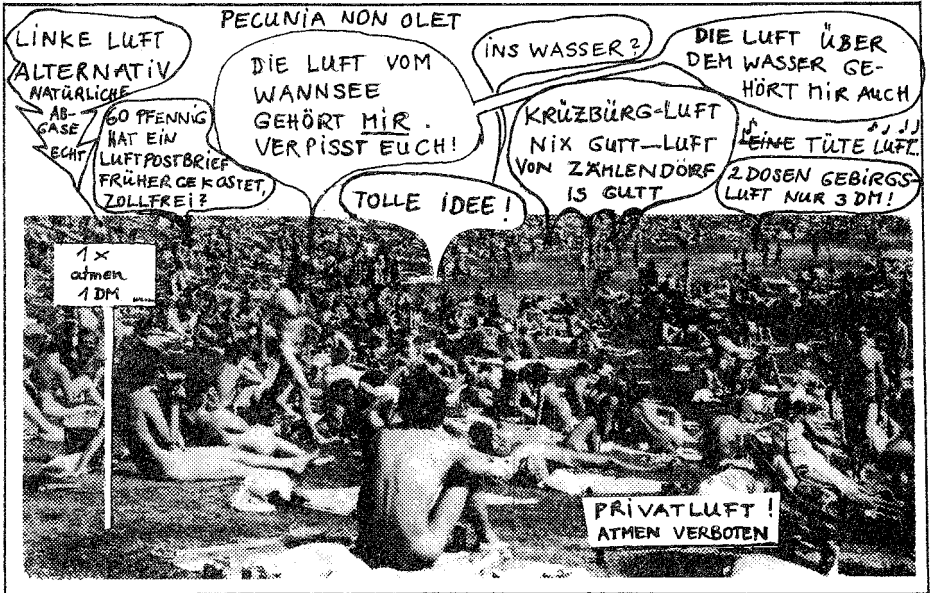


Der Homo Oeconomicus maximiert sein Humankapital

sich diesem Problem, indem sie dessen dichotomische Struktur leugnen oder bestimmen, durch die Beschränkung von Marktfreiheiten hervorgerufenen Funktionsmängeln anlasten, die durch eine Politik der Liberalisierung überwunden werden könnten. Diese Argumentationsweise immunisiert natürlich gegen jede Kritik, da immer auf die immer-noch-nicht-hergestellte, aber jetzt-endlich-herzustellende volle marktwirtschaftliche Ordnung mit einer weitgehenden Begrenzung des Staates verwiesen werden kann. Die Konsequenz dieser *Immunsierungsstrategie* ist blanke Apologie, die sich auch der dümmsten Argumente nicht schämt. Wir wollen dafür einige Beispiele aus dem schon erwähnten Überblicksbuch von Lepage zitieren, auch um den wirklich liberalen, an keine Regel von Wissenschaftlichkeit oder interpersonaler Kommunikation mehr gebundenen Umgang mit historischen Tatbeständen, Zusammenhängen und Problemen zu dokumentieren.

Die Eisenbahnskandale im vorigen Jahrhundert in den USA beispielsweise, die Machenschaften der Räuber-Barone werden nicht dem kapitalistischen Wildwuchs zugeschrieben, »sondern vielmehr dem damaligen politischen Apparat ..., weil dieser es zuließ, daß einige skrupellose Individuen die Hoheitsrechte des Staates zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzten«. (S. 45) Die Werbung dient in diesem Zusammenhang auch keineswegs der Manipulation, sie ist Mittel der Information, die für die Konsumenten die Informations- und Transaktionskosten senkt; sie hat also eine gesellschaftlich außerordentlich positive Bedeutung. Auch bei seinen Überlegungen gegen die Kritik an monopolistischer Macht ist sich Lepage für kein noch so apologetisches Argument zu schade. Hinsichtlich der Bedeutung von Monopolen haben es nach seinen Worten »einige Bilderstürmer in den letzten Jahren gewagt«, die Rolle der großen Unternehmen und des Staates aufs Neue zu untersuchen »und sind dabei immerhin zu überraschenden Schlußfolgerungen gekommen« (S. 48). Zu diesen von Lepage apostrophierten Bilderstürmern gehört allerdings auch das American Enterprise Institute, das nach seinen Worten wiederum eine »bemerkenswerte kritische Studie« herausgegeben hat. Es ist tatsächlich bemerkenswert kritisch und überraschend, daß die Lobby der großen Monopole zu dem Ergebnis kommt, daß die Monopole eigentlich keine Monopole sind und lediglich soviel Aufsehen machen, weil die Gegner der Monopole ihnen den »Erfolg neideten« (S. 49). Aber es geht noch weiter, indem Lepage den Nobelpreisträger von Hayek mit seiner Apologie der kapitalistischen Industrialisierung zitiert. Das Elend der Industrialisierung sei gar nicht so schlimm gewesen, denn schließlich müsse man die »opportunity costs« kalkulieren: wieviele Menschen hätten sterben müssen, wenn es *nicht* zur Industrialisierung gekommen wäre. Dies liegt auf der gleichen Ebene wie folgende Logik, die ebenfalls von F. A. von Hayek und Helmut Schoeck stammt: Das Automobil ist gar nicht so schlimm, und selbst die Automobilunfälle dürfen nicht überbewertet werden, denn man muß sich mal vorstellen, was passieren würde, wenn alle die Menschen, die heute mit dem Auto fahren, statt dessen Pferde benutzen würden. Die Anzahl der tödlichen Unfälle wäre sicherlich bei weitem höher. Für solche Beispiele hat er wahrlich den Nobelpreis verdient.

Daß Lepage dann noch Gewährsmänner liberaler Theorie zitiert, die die Lösung der Umweltprobleme in der Schaffung neuer Eigentumsrechte sehen, verwundert nicht mehr. Er möchte sogar den Anspruch auf reine Luft privatisieren. »Auf den ersten Blick scheint dies Problem bei der Luft (das Problem der Privatisierung nämlich) etwas schwieriger zu sein.« Aber unser Luftikus stellt sich die Lösung durch die Schaffung einer Art Luftbörse vor, auf der sogenannte Luftverschmutzungsquoten ausgetauscht werden. So einfach ist das. Der Kreuzberger Türke geht an die Börse, um mit dem Zehlendorfer Oberstudiendirektor die



Unser Luftikus stellt sich die Lösung der Privatisierung der Luft durch die Schaffung einer Art Luftbörse vor:

Luftverschmutzung wechselseitig auszutauschen. An dieser Stelle wird die neoliberale Theorie nun endgültig absurdes Theater. Wir verlassen daher die Ebene der Beispiele und untersuchen die Grundstruktur des Arguments, das offensichtlich eines auch kluge Leute faszinierenden Charmes nicht entbehrt.

Der Mensch als homo oeconomicus, reduziert auf ökonomische Rationalität

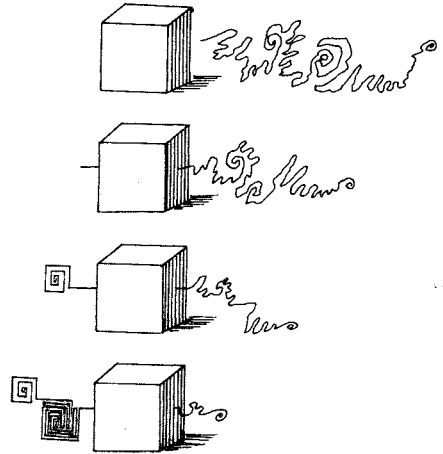
Voraussetzung für eine minimale Plausibilität des »Imperialismus der Ökonomie« sind Individuen, die sich der *ökonomischen Rationalität* unterwerfen. Allerdings wissen wir, daß bürgerliche Rationalität (eine rudimentäre Vorform der totalen Rationalität aller Lebenssphären des Menschen bei den »neuen« Neoliberalen) eine relativ junge menschengeschichtliche Errungenschaft ist, und daß die Chicagoer Rationalität nicht unbedingt die des mexikanischen Indios, des Arbeiters aus Tokio oder des sardischen Hirten sein muß. Rationalität ist *kulturell* bestimmt und nicht auf ein abstraktes, in mathematischen Formeln faßbares Kalkül reduzierbar. Indem von den Neoliberalen dies gerade unterdrückt wird, bekommt ihre Theorie eine lebensfeindliche Neigung gegen die volle Entfaltung des Individuums unabhängig von den ökonomischen Zwängen – es sei denn, die Menschen lassen sich tatsächlich auf das rationale Individuum, »dessen Entscheidungen sowohl von seinen Präferenzen als auch von den Problemen des Wahl- und Nutzenvergleichs abhängt, die durch die Knappheit unserer Ressourcen bedingt sind« (Lepage 1979, S. 32), also auf den »*homo oeconomicus*«, reduzieren. Und diese Erfindung des bürgerlichen Zeitalters, das In-

dividuum als *automatisches Subjekt*, ist denn auch die *anthropologische* Grundvoraussetzung der neuen (wie der alten) Neoliberalen: »Alle mikroökonomischen Arbeiten versuchen im Grunde immer wieder, das Paradigma des 'homo oeconomicus' empirisch nachzuweisen, das sämtlichen ökonomischen Analysen zugrundeliegt und von einem simplifizierten ... scharf kalkulierenden, erfinderischen und maximierenden Individuum ausgeht.« (ebenda) Nichts da, ihr sympathischen Gestalten des homo faber, des homo ludens! Selbst der homo politicus oder der homo sociologicus sind passé; mit seinem Hauptbuch und Taschenrechner beherrscht der homo oeconomicus das Terrain. Eine absurde und noch dazu gespenstische Vorstellung fürwahr! Und eine irrationale Vorstellung obendrein, weil die Individuen nicht als homines oeconomici geboren werden, sondern erst dazu hingemacht werden müssen: Das freie Individuum des Neoliberalismus ist ein depraviertes Individuum, eine Puppe im freien Spiel der Kräfte, dessen Regeln unbedingt vorgegeben sind.

Die zentrale Bedeutung von Privateigentum und Geld

Damit das Individuum nach den Regeln der Nutzenmaximierung entscheiden und handeln kann, muß es über einen – begrenzten – Fundus an alternativ verwendbaren Ressourcen verfügen; es muß also *privates Eigentum* besitzen, um individuell entscheiden zu können. Kollektive Güter und Kollektiventscheidungen sollen daher möglichst weitgehend privatisiert werden. Die konsequentesten Verfechter der Theorie würden am liebsten den Erdball in Stücke schneiden und vom Magma bis zur Ozonschicht an Privatleute aufteilen. Selbst auf dem Mond, dem Planeten und anderen Sonnensystemen würden die furiosen Privatisierer noch, wenn es ginge, ihre Claims abstecken: ein hypertrophierter und ins Unzeitgemäße verlängerter amerikanischer Traum von der »new frontier«. David Friedman beispielsweise möchte, daß »der Staat eines Tages seine Straßen verkaufen kann«, der Atlantische Ozean soll in privatisierbare Stücke aufgeteilt werden, jeder solle in der Lage sein, sich die eigene Polizei zu halten, wie dies ja von seiten der großen Konzerne schon längst üblich ist. Wer an dieser Stelle einwendet, das sei ja absurd und technisch gar nicht durchführbar und überhaupt habe ja die Finanzwirtschaftslehre gezeigt, daß es eben öffentliche Güter gebe, die nicht marktmäßig verkaufbar seien, da ihre Nutzung nicht exklusiv dem Käufer garantiert werden könne – der vergißt die großen Hoffnungen, die die Neoliberalen auf die Entwicklung der Elektronik setzen. Denn mit dem *Computer* können die kompliziertesten Zurechnungen durchgeführt, Preissetzungen vorgenommen und Benutzungsfrequenzen festgehalten werden, um dann periodisch dem Individuum wie heute die Telefonrechnung eine Straßenbenutzungs-, die Luftverbrauchs-, die Ozeanüberquerungs- oder eine Ausblicksgenußgebühr anlasten und per Bankeinzug kassieren zu können. An die Stelle der »perfect competition« tritt nun die »perfect computation«, die tatsächlich keine unrealistische, jedoch eine gespenstische Perspektive darstellt. Das Individuum wird in diesem Modell zu einem peripheren Terminal, nach den Regeln des homo oeconomicus funktionierend, aber angeschlossen an den Zentralcomputer. Rationalität im Sinne des »Imperialismus der Ökonomie« ist hier so abstrakt gedacht, daß sie tatsächlich in mathematische Kalkulationen übertragen werden kann, die dann einfacher im Computer durchgeführt werden. Die Frage ist nur, wessen Privateigentum eigentlich die zentrale Erfassungs- und Steuerungsanlage sein soll, wer die Programme einspeist. Big brother kann zuschlagen. Der Neoliberalismus verkehrt sich in Orwells 1984 ...

Ein auf den homo oeconomicus reduziertes, rational handelndes Individuum mit – dies liegt im Begriff des Privaten – notwendig begrenzter Entscheidungskompetenz kann zwischenmenschliche Beziehungen nur im Rahmen seiner Möglichkeiten gestalten – und diese sind nach den Regeln der Ökonomie definiert und determiniert. Sie können sich folglich nur als *Geldbeziehungen* herausbilden und über die Bewegung der Preise regulieren. (So auch Lepage 1979, S. 213) Das Geld fungiert in diesem Konzept als ein Zwangsmittel, das rationales Verhalten von Individuen, aber auch von anderen Entscheidungsträgern, z.B. von staatlichen Behörden, erzwingen soll. Dies ist die Basisidee des Monetarismus jenseits der ökonomischen Analysen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Karl Marx hatte das Geld als »Kuppeler aller menschlichen Beziehungen« bezeichnet, und er hatte dies als einen Ausdruck der Entfremdung, der Unfreiheit, der Entmenschlichung verstanden. In den monetaristisch-neoliberalen Theorien wird dies positiv gewendet und als ein gesellschaftliches Regelungsprinzip für im Sinne des Systems rationales Verhalten interpretiert. Der Mensch wird zur »money machine«, die keine anderen Aspirationen haben darf, als einen Nutzen unter den restriktiven Bedingungen des begrenzten Portefeuilles zu maximieren. Es ist in diesem Zusammenhang dann auch gar nicht verwunderlich, wenn Gesellschaft als durch über den Markt vermittelte monetäre Beziehungen, also als ein *quantitativer Komplex* verstanden wird. Es ist wieder Lepage, der dies aufspürt, wenn er den Fortschritt in der Geschichtswissenschaft als deren immer weiter fortschreitende Quantifizierung interpretiert.



» DIE INDIVIDUEN WERDEN NICHT ALS HOMINES OECONOMICI GEBORNEN, SONDERN MÜSSEN ERST DAZU HINGEMACHT WERDEN «

Neoliberalismus als theoretischer Diskurs über den Primat der Ökonomie

Nachdem in den Zeiten der Prosperität, insbesondere seit der Studenten- und Jugendrevolte und der Klassenoffensive der Arbeiter in der zweiten Hälfte der 60er Jahre andere *sinnstiftende* Prinzipien als diejenigen eines quantitativen, in monetären Einheiten kalkulierenden ökonomischen Rationalismus das Leben und die Erwartungen an das Leben bestimmt haben, werden nun diese emanzipativen Tendenzen wieder auf das Prokustes-Bett des ökonomischen Rationalismus gefesselt. Der ökonomische Liberalismus ist der Versuch einer Reduzierung der entwickelten Individualität auf den Teilaspekt des produzierenden und konsumierenden »ökonomischen Subjekts«, wie es seit Jahrzehnten durch die Lehrbücher geistert. Der homo oeconomicus ist nicht allein eine Abstraktion vom Menschen, sondern als die nach bestimmten Regeln funktionierende Einheit in einem sich selbst steuernden System zu verstehen, wie es mit immer weiter entfalteter Perfektion von der Wiener (von Menger, von Wieser), von der Lausanner (Walras, Pareto) oder der Stockholmer Schu-

le (Cassell, Wicksell) oder von Jevons und Marshal schon im vorigen Jahrhundert entwickelt worden ist. »Im Grunde ist der Liberalismus nichts weiter als eine Philosophie über soziale Systeme, die das menschliche Verhalten unter dem ökonomischen Aspekt betrachtet« (Le-page 1979, S. 119) und – so müßte hinzugefügt werden – ein solches System zu errichten bestrebt ist. Der Neoliberalismus stellt sich also als eine Theorie dar, die eindeutig und kompromißlos den *Primat der Ökonomie* vor alle anderen Entscheidungskriterien, Wünsche und Hoffnungen stellt. Gegen die ökonomischen Gesetze gibt es keine Auflehnung; die Herrschaft des Marktes ist nicht zu unterlaufen, die *Verwertung des Eigentums* läßt keine anderen Prinzipien neben sich zu. Wenn zum Beispiel Menschen arbeitslos sind, dann sollte man ja nicht versuchen, der Arbeitslosigkeit mit politischen Mitteln *gegen* die ökonomischen Gesetze beizukommen. Vollbeschäftigung als ein politisch erreichbares Ziel war ein Traum des John Maynard Keynes und paßt nicht in die rationale Welt der neoliberalen Ökonomie. Gewerkschaftliche Vorstellungen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit sind also nicht nur von Übel, sofern sie die Gesetze der Ökonomie, also der Kapitalverwertung, nicht einfach akzeptieren, sondern zugleich nutzlos und hoffnungslos. Die »rational expectations« der Marktteilnehmer sorgen dafür, daß politische Korrekturversuche am Marktgeschehen sich als hilfloses Herumdoktern herausstellen. Die Kategorie der (ökonomischen) *Notwendigkeit* soll unangefochten über die Kategorie der *Möglichkeit*, des Machbaren, Dominanz gewinnen.

Der Neoliberalismus stellt sich also als ein geschlossenes, doch zugleich auch als ein *perspektivloses System* für viele, wenn nicht die Mehrheit der Menschen dar. Dies war für die liberale Theorie allerdings noch nie ein Problem. Denn bei der Entscheidung zwischen den *Regeln*, die das Eigentum, seine Erhaltung und Mehrung (sprich Kapitalverwertung) sichern und einem *Mehrheitswillen*, der sich dagegen wenden sollte, ist die Wahl eindeutig: für die *Regeln* des marktwirtschaftlichen Systems und gegen die Mehrheit von Menschen. Dies hat Hayek in seinen Schriften zum wiederholten Male deutlich gemacht, und die übrige neoliberale Mischpoke ist ihm darin immer gefolgt. Nun könnte man sich über diese autoritäre Wendung des Neoliberalismus empören – wenn nicht die strikten Regeln des ökonomischen Systems, wie sie von den Neoliberalen ausgearbeitet wurden, so etwas wie Halt in einer haltlosen Welt versprechen. Irving Kristol meint: »Wenn ich es recht sehe, dann sollte die Forderung nach 'Partizipation' am ehesten als eine Forderung nach Autorität verstanden werden – nach Führerschaft, die die Versprechungen auf Versöhnung zwischen der inneren und äußeren Welt des Bürgers einhält.« (Kristol 1978, S. 250) Thatcher und Reagan betreten nun die Szene; sie stützten sich auf die Regeln des marktwirtschaftlichen Systems, auf den Primat der Ökonomie. Sie versprechen die Versöhnung der inneren und äußeren Welt des Bürgers – ganz im neoliberalen Sinne: Die äußeren Bedingungen der »Ordnung« werden aufgerüstet, damit der Markt im Innern eine Auslese treffen kann. Ja, wenn der anonyme Mechanismus und dessen Ausleseresultat akzeptierbar wären, wenn es sich bei den Individuen wirklich um homines oeconomici, um Menschen handeln würde, die die Regeln des Marktes einhalten und sich auch dann unterwerfen, wenn sie nicht nur einmal, sondern dauernd verlieren, also um Huxley's Gamma minus, dann könnte die neoliberale Utopie vielleicht funktionieren. Doch geht es bei der Auslese über den Markt um Leben und Tod, um Herrschaft von Menschen über Menschen, um Dominanz von Staaten über Staaten. Und das wissen die Neoliberalen in ihrem praktischen Diskurs sehr wohl. Sie rüsten daher auf, gegen die »Feinde der Freiheit«, *ihrer* Freiheit. Sie sind bereit,

die Rüstung einzusetzen – nach innen und nach außen. Der praktische Neoliberalismus von heute ist eine lebensbedrohliche Konzeption. Er muß theoretisch und praktisch bekämpft werden.

(Für Hinweise, Anregungen und Kritik danke ich besonders Kurt Hübner und Otto Kall-scheuer.)

Literatur

- Biedenkopf, K.M. / Miegel, M.: *Wege aus der Arbeitslosigkeit*, Stuttgart 1978
- Böhm, Franz: *Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht im Betrieb*, in: Ordo-Jahrbuch Nr. 4, 1951
- Cohen, G.A.: *Freedom, Justice and Capitalism*, in: New Left Review No. 126, 1981
- Friedman, Milton: *Capitalism and Freedom*, Chicago u. London 1962
- ders.: *Die Gegenrevolution in der Geldtheorie*, in: Peter Kalmbach (Hrsg.), *Der neue Monetarismus*, München 1973
- ders.: *The Counter-Revolution in Monetary Theory*, 1970
- Gold, David A.: *The Rise and Decline of the Keynesian Coalition*, in: Kapitalistate No. 6 (Fall 1977), S. 129 ff.
- Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft*, Bonn, Dez. 1978
- Hayek, F.A. von: *The Road to Serfdom*, London 1944
- Kiker, B.F.: *The historical Roots for the Concept of Human Capital*, in: Journal of Political Economy, 1966, Vol. LXXV, S. 481 ff.
- Kristol, Irving: *Two Cheers for Capitalism*, New York 1978
- Lepage, Henti: *Der Kapitalismus von morgen*, Frankfurt/Main – New York 1979
- Maier, Charles S.: *Recasting Bourgeois Europe*, Princeton 1975
- Marcuse, Herbert: *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung*, in: Zeitschrift für Sozialforschung (Nachdruck), München 1970, Bd. 3, S. 161 ff.
- Mises, Ludwig von: *Liberalismus*, Jena 1927
- Röpke, Wilhelm: *Die Lehre von der Wirtschaft*, Erlenbach-Zürich 1946
- Sklar, Holly: *Trilateralism – The Trilateral Commission and Elite Planning for World Management*, Boston 1980
- Thurow, Lester C.: *The Zero-Sum Society*, Harmondsworth – New York 1980